

# mittendrin

Ausgabe 07-08 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Vorsicht! Diese Bremse verfehlt ihre Wirkung

**W**enn ein neues Produkt mit offensichtlichen Mängeln eingeführt wird, noch dazu wenn es sich um eine Bremse handelt, dann sollte dieses Produkt schnellstmöglich wieder vom Markt geholt werden und durch ein besseres, effektiveres ersetzt werden. Aus dem Handel kennen wir das als Rückrufaktion. Bremsen, die nicht bremsen, braucht niemand.

In der Politik läuft das anders. Da wird uns ein mangelhaftes Gesetz als genau das Gegenteil verkauft. Als ein Schritt in die richtige Richtung, als wegweisender Meilenstein. Seit dem 1. Juni diesen Jahres gilt in Berlin das Gesetz zur „Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten“, die sogenannte Mietpreisbremse. Mietpreisbremse ist ein starkes Wort. Die Wirkung jedoch ist mehr als dürftig. Der Senat verkündete voller Stolz, das erste und im Juni einzige Bundesland zu sein, in dem das Gesetz eingeführt wurde. Eine mie-

tenpolitische Wohl- oder gar Großtat ist es aber bei weitem nicht. Wofür der Senat sich gerne feiern lässt, ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Was mit dem passiert, ist allgemein bekannt.

Für Mittes Mieterinnen und Mieter verändert sich durch dieses Gesetz erst einmal gar nichts, solange sie nicht innerhalb von Berlin eine neue Wohnung suchen. Das Gesetz hat eine Null-Wirkung auf die bestehenden Mietverhältnisse. Es soll nur dort den Mietanstieg bremsen, wo neue Mietverträge abgeschlossen werden. Zukünftig dürfen in



Die Mietergemeinschaft Kotti & Co. übergibt ihre Forderungen im Roten Rathaus. Darin heißt es: **„Uns geht es um nichts weniger als um eine Wohnungspolitik, die Verdrängung und Ausgrenzung verhindert und dauerhaft preiswerte Mietwohnungen in allen Teilen der Stadt bietet. Ein Recht auf Stadt für Alle.“**

neuen Mietverträgen keine höheren Mieten vereinbart werden als 10% über dem Berliner Mietspiegelwert. Klingt erstmal nicht schlecht und wäre es auch nicht, wenn ich mir vor der Sanierung meiner Wohnung in

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Gut und bezahlbar wohnen – wer wünschte das nicht?

Findige Leute haben eine Möglichkeit entwickelt, mit denen solche Wünsche Realität werden können – das Mietshäuser Syndikat. Sechzehn solcher Projekte gibt es bereits in Berlin. Anett Vietzke erklärt, was da läuft und warum sie sich dafür engagiert.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

### LinksTreff Wedding bietet und braucht Rat und Hilfe

An jedem Werktag zwischen 16 und 19 Uhr sind Mitglieder des Vereins Ansprechpartner für die Kiez-Bewohner. Ehrenamtlich! Welches Gewicht ihre Arbeit für die LINKE hat und warum personelle und auch materielle Hilfe nötig ist, erläutert Werner Schulden.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

### Die „politische Entscheidung“ des Stadtrats Spallek

Warum der Siemens-Konzern ein denkmalgeschütztes Gebäude – das Magnus-Haus Am Kupfergraben 7 – mit einer „Repräsentanz“ im ebenfalls geschützten Garten schlicht verschandeln darf, berichtet Falko Loeff aus der letzten BVV-Tagung vor der Sommerpause.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern der „mittendrin“ einen schönen und sonnenreichen Sommer!**

**Erholt Euch gut und sammelt Kraft für die kommenden Aufgaben!**

**Der Bezirksvorstand, die BVV-Fraktion und die Redaktion der „mittendrin“**

**Unsere nächste Ausgabe erscheint am 3. September.**

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

# Bezirksstadtrat macht Kniefall vor Großindustrie

**Mit Karacho in die Sommerpause könnte man es nennen. In der Juni-Tagung der BVV ging es hoch her.**

Es gab eine von Gästen gut besuchte Thematische Stunde zur verfehlten Schulplanung von Bezirksstadträtin Smentek (SPD), ebenso eine Beschlussvorlage zur Aufgabe des Jugendverkehrsschulstandortes Bremer Straße aus gleichem Hause und schließlich noch einen neuen Vorstoß der CDU in Sachen Demokratie-Bekennnis für Zu-



Denkmalgeschützt – ja oder nein?

wendungsempfänger von bezirklichen Mitteln. Noch schnell alles erledigen vor den Neuwahlen im nächsten Jahr, könnte man meinen und jedes einzelne dieser Themen wäre einen eigenen Bericht wert.

Verwiesen sei hier aber auf einen anderen äußerst „bemerkenswerten“ Vorgang. Dabei geht es um das Magnus-Haus Am Kupfergraben 7, benannt nach Professor Gustav Magnus, der das 1760 errichtete Bürgerpalais im Jahre 1840 erwarb. Nach wechselvoller Geschichte hat im Jahre 2001 der Siemens-Konzern das denkmal-

geschützte Gebäude gekauft und will nun im Garten des Hauses einen Neubau für seine Hauptstadtrepräsentanz errichten. Eine entsprechende Nutzung des bereits bestehenden (Haupt-)Gebäudes wäre nämlich gar nicht so leicht, denn Siemens ist zwar Eigentümer des Magnus-Hauses, das Nutzungsrecht hat jedoch die Deutsche Physikalische Gesellschaft.

Jetzt schlagen aber die Denkmalschützer Alarm. Auch wenn der Garten nicht als Gartendenkmal eingetragen ist, sei das Haus doch ohne seinen freien Garten nicht verständlich. Sowohl die Untere Denkmalschutzbehörde wie auch das Stadtentwicklungsamt Mitte haben die Siemens-Pläne aus fachlichen Gründen klar abgelehnt. Über dieses Fachwissen setzt sich Bezirksstadtrat Spallek (CDU) aber schlicht hinweg. Er habe „politisch entschieden“, so seine Auskunft auf unsere Große Anfrage in der BVV, und wandelte per Weisung von oben einen ablehnenden Bauvorbescheid ganz einfach in einen positiven um. Einzig der von Siemens beantragte Bau einer Tiefgarage wurde versagt, wogegen der Konzern pikanterweise Widerspruch eingelegt hat.

Dieses Vorgehen des CDU-Stadtrats dürfte bei den Fachleuten im eigenen Haus gelinde gesagt nicht für Vertrauen in die Leitungsebene gesorgt haben. Geradezu skandalös ist aber, dass Spallek damit jenem milliardenschweren Konzern, der gerade weltweit Tausende Stellen abbauen will, darunter auch in Berlin, ein Geschenk zu Füßen legt. Ganz ohne Gegenleistung, versteht sich, denn das Gebäude sei für Siemens nun einmal – sehr wichtig – und dafür habe er „volles Verständnis“. Wie gesagt, schnell noch alles erledigen vor den Wahlen im nächsten Jahr. **Falko Loeff**

## Ergebnisse der BVV

### ► Anfragen:

Trifft es zu, dass die Untere Denkmalschutzbehörde (UD) den Antrag des Siemenskonzerns, auf dem Grundstück des Magnus-Hauses (Am Kupfergraben 7) einen mehrgeschossigen Neubau zu errichten, aus denkmalpflegerischen Gründen abgelehnt hat und erst auf Weisung des Bezirksstadtrates Spallek (CDU) die denkmalrechtliche Stellungnahme im Bauvorbescheid in eine Zustimmung umgewandelt wurde und wie lautet die ursprüngliche Stellungnahme der UD Mitte? Trifft es zu, dass auch planungsrechtlich dieses Bauvorhaben vom Stadtentwicklungsamt Mitte als nicht genehmigungsfähig bewertet wurde, aber dennoch ein positiver Bauvorbescheid auf Weisung des Bezirksstadtrates Spallek (CDU) ergangen ist und wie lautet die ursprüngliche planungsrechtliche Stellungnahme des Stadtplanungsamtes Mitte? Hat Bezirksstadtrat Spallek diese Weisungen mit dem Kollegialorgan Bezirksamt beraten bzw. mit welchen Mitgliedern des Senats oder mit welchen Staatssekretären und leitenden Mitarbeitern der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz hat Bezirksstadtrat Spallek sein Vorgehen in dieser Angelegenheit (Anweisung von Genehmigungen) abgestimmt oder besprochen? ...

(Große Anfrage DIE LINKE, Drs. 2138/IV)



## Hallo Bezirksamt Mitte!

Die Kinder zwischen der Lichtenberger Straße, Karl-Marx-Allee und Otto-Braun-Straße möchten endlich ihre Plansche in der Weydemeyerstraße wieder haben! Vor über zwei Jahren (2013) wurde der beliebte kleine Park mit Liegewiese und Wasserbecken mit hohen Metallzäunen umstellt. Schilder verbieten den Zutritt „bis 2014“. Jetzt werden die Kleinen und auch ihre Eltern ungeduldig, schließlich hat der Sommer

2015 bereits begonnen. Statt Wasserfontänen wucherndes Unkraut. Sollen die Kinder schon frühzeitig beginnen, nicht an die Versprechen der Politiker zu glauben? „Mein Papa sagt, für das Schloss haben sie Millionen, für die Reparatur der Plansche fehlt das Geld“, bemerkt Lena aus dem Wohnhaus nebenan.

(Fotos vom 19.Juni 2015/M.Herold)



# GEW: Viel Arbeit in der Berliner Bildungslandschaft

**T**om Erdmann (32) ist neuer Vorsitzender der Berliner GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) bis 2017. Das folgende Interview zeigt: Ganz Berlin ist eine Baustelle ...

*mittendrin: Herzlichen Glückwunsch zum neuen Amt! Wie viele Mitglieder hat die GEW in Berlin?*

**T.E.:** Vielen Dank! In Berlin haben wir etwas über 25.000 Mitglieder, davon etwas über die Hälfte Lehrkräfte, ein Viertel Erzieherinnen und Erzieher sowie knapp ein Viertel Studierende und Beschäftigte an Hochschulen.

*mittendrin: Welches sind die wichtigsten Themen aktuell?*

**T.E.:** Ein heißes Thema sind derzeit die Tarifaufinandersetzungen für Lehrkräfte. Dort kann das Land Berlin als Arbeitgeber allein die Lohnhöhe bestimmen, obwohl die Beschäftigten nicht verbeamtet sind. Eine absolute Ausnahme in Deutschland. Das wollen wir ändern! Sehr prekär ist auch die Situation der Beschäftigten an den Berliner Hochschulen. 85 % von ihnen haben kurzfristige Verträge, jeder zweite davon mit einer Laufzeit von unter einem halben Jahr. Und im Bezirk Mitte fehlen hunderte Schulplätze für Erstklässler ...

*mittendrin: Stichwort ErzieherInnen. Wie sieht die Lage in Berlin aus?*

**T.E.:** Das Berufsbild hat sich in den letzten 15 Jahren stark gewandelt. Die Anforderungen an das Personal sind stark gestiegen, auch die Ansprüche der Eltern, aber die Entlohnung ist gleich geblieben und die Arbeitsbeschreibungen vage. Die unklare Lage führt auch dazu, dass manche ErzieherInnen regelmäßig Lehrkräfte ersetzen.

*mittendrin: Welche Themen möchtest Du in den nächsten Jahren voranbringen?*

**T.E.:** Zum Beispiel die Inklusion. Ihr Konzept ist eigentlich gut, wird aber durch Personalnotstand ad absurdum geführt. Inklusion wird von vielen Lehrkräften mittlerweile als negativer Begriff wahrgenommen. Der Schlüssel zum Gelingen ist hier: Es muss 2.500 Lehrer mehr an den Schulen geben, sonst scheitert das Konzept endgültig. Zudem muss die (personelle) Ausstattung an den Schulen besser werden, damit die Lehrkräfte nicht weit vor der Rente kaputtgespielt werden. Dann noch eines: Seit 2007 bin ich in der Linkspartei, seit 2009 in der GEW. Ich möchte nicht die DGB-Gewerkschaften allein den Sozialdemokraten überlassen – meine Arbeit in der GEW soll eine linke Handschrift tragen.

*mittendrin: Alles Gute und viel Erfolg in den nächsten beiden Jahren!*



Tom Erdmann

## Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

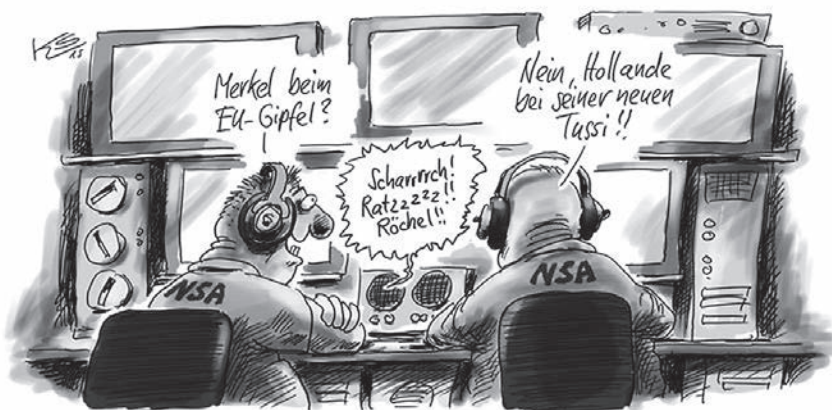
**Jeden Mittwoch im Monat**

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen

Nina Jenny Soest und Christian Wisch von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

**Jeden 4. Mittwoch im Monat** von 14 bis 16 Uhr

**kostenlose Mieterberatung** im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178



Fortsetzung von Seite 1: **Vorsicht! Diese Bremse verfehlt ihre Wirkung**

der Rathausstraße eine Wohnung auf dem neuesten Stand der energetischen Technik möglichst um die Ecke suche, um so dem Stress der Sanierung zu entfliehen. Ich könnte dann gleich noch die Wohnungsgröße auf meinen aktuellen Bedarf anpassen. Doch da erwarten wir zu viel des Guten. Sanierete

Wohnungen und Neubauten sind von dieser Mietpreisbremse ausgenommen. Für diese Wohnungen gilt auch weiterhin das Höchstgebot. Und das liegt weit über dem Mietspiegel plus 10 % und weit über den finanziellen Möglichkeiten der Meisten der hier Lebenden. Es sind auch genau jene Mieten,

auf deren Grundlage der Mietspiegel alle zwei Jahre erstellt wird. Dort werden nur die Mieten der Vertragsabschlüsse der letzten vier Jahre berücksichtigt. Es ist eine grenzenlose nach oben offene Mietpreisspirale, die durch dieses neue Gesetz leider nicht ausgebremst wird. **Sven Diedrich**

# DAS IST UNSER HAUS!

## Ein InfoFilm über das Mietshäuser Syndikat braucht Unterstützung

**G**utes, bezahlbares Wohnen ist für mich die Basis eines würdevollen Lebens, solidarischer Gemeinschaft und demokratischer Prozesse. Deshalb unterstütze ich das Mietshäuser Syndikat. Durch ein kluges solidarisches Konstrukt versetzt der basisdemokratische Verbund ganz normale Mietergemeinschaften ohne riesiges

entstehen, der schnell erklärt, wie das Mietshäuser Syndikat funktioniert. Realisiert wird der Film durch die SEELAND Medienkooperative, deren ehrenamtliches Gründungsmitglied ich bin. Der fertige Film wird gratis zugänglich sein. Um ihn jedoch realisieren zu können, ist finanzielle Unterstützung notwendig. Die Höhe des Betrages spielt keine Rolle, die Geste zählt.



**Eigenkapital in die Lage, Mietshäuser gemeinsam zu erwerben oder sogar neu zu bauen. Ziel ist die Bildung von Gemeineigentum.**

In Berlin gibt es 16 Syndikats-Projekte. Ein bekanntes ist das Gebäude Kastanienallee 85 im Prenzlauer Berg. Hier leben insgesamt 43 Erwachsene, Kinder und Jugendliche in 15 Wohnungen. Dazu gehören Gemeinschaftsräume, das Café "Morgenrot", ein politischer Buchladen und eine Druckerei. Die Miete beläuft sich auf 5,14 €/qm. Auch die Gebäude Jagowstraße 15 (Moabit), Koloniestraße 57 (Wedding), Bödikerstraße 9 (Friedrichshain) oder Sophienstraße 35 (Lichtenberg) konnten durch das Syndikat entprivatisiert werden. In der Malmöer Straße 29 (Prenzlauer Berg) wurde sogar ein Wohnhaus neu gebaut.

In Deutschland gibt es ca. 100 Syndikats-Projekte, in denen Menschen aller Generationen selbstbestimmt zusammenleben. Die Gebäude sind gemeinsames Eigentum aller Menschen, die dem Mietshäuser Syndikat angehören und können nicht mehr veräußert werden. Der solidarische Erwerb entzieht die Häuser dem Immobilienmarkt und sichert langfristig sehr günstige Mieten.

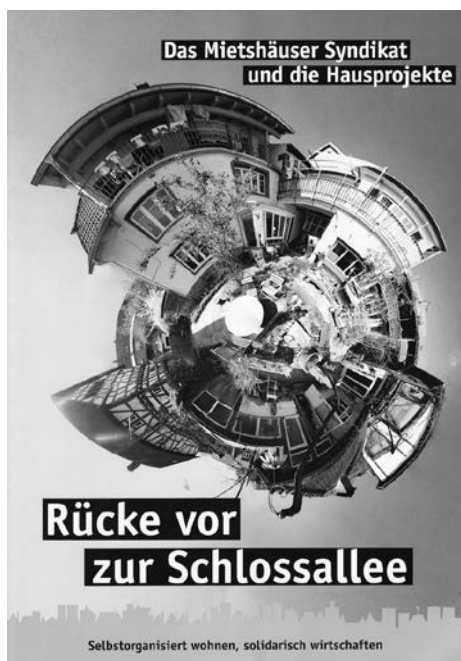
Damit es noch mehr Häuser in diesem Verbund geben kann, soll ein InfoFilm

Unterstützt werden kann der Film über [startnext: www.startnext.com/dasistunserhaus](http://startnext.com/dasistunserhaus), eine Plattform für kollektive Finanzierung. Eine Spende auf das Vereinskonto der SEELAND Medienkooperative bei der Berliner Volksbank, IBAN DE64 1009 0000 2566 1560 00, BIC BEVODEBB ist ebenfalls möglich. Bitte nehmt für alle Fragen Kontakt zu

Daniel Kunle, Tel. 030/89 20 42 66, auf. Alle Spender\*innen bekommen auf Wunsch gegen Porto eine DVD zugeschickt.

Weitere Informationen zum Syndikat gibt es unter [www.syndikat.org](http://www.syndikat.org).

**Anett Vietzke (seit 2012 Mitglied von DIE LINKE. Berlin-Mitte)**



## Bei anderen gelesen

### ► **Groteske Pläne für das Berliner Schloss**

Mit seinem genialen Werbekonzept will Bürgermeister Michael Müller die Macht der Metropole manifestieren. Tatsächlich zeigt er nur politischen Wahnsinn. Er erklärte nun die Hauptstadt zum „Rom der Zeitgeschichte“ und lieferte den Beweis mit einem achtseitigen Konzept für eine Drei-Punkte-Ausstellung: Welt.Stadt.Berlin. „Der Freitag“, 21.06.2015

### ► **Wirkungstreffer gegen Merkel**

Die SPD verschärft den Ton in der Spionageaffäre und fokussiert ihre Kritik auf Angela Merkel. Dahinter ist ein Muster erkennbar. Die SPD nutzt viele Instrumente gegen die Bundeskanzlerin. Die Aufsicht über die Geheimdienste liegt im Kanzleramt. Da kann sich die Bundeskanzlerin nicht einfach heraushalten. Die SPD hat den Mut zum Grundsätzlichen und denkt in die Zukunft. Die Kanzlerin hingegen neigt zum Aussitzen. Ohne Merkel käme die Union niemals über 40 Prozent. Dazu hat sie die Partei zu sehr inhaltlich entkernt.

„Cicero“, 28.05.2015

### ► **Die Streitfrage: Brauchen wir diesen Gedenktag?**

Erstmals gibt es einen nationalen Gedenktag zu Flucht und Vertreibung. Selbst manche Vertriebene halten das nicht für sinnvoll. In der DDR gab es keine Vertriebenenorganisationen, sie wurden für unnötig befunden. Die Aufnahme von Menschen aus früheren deutschen Gebieten wurde als freundliche deutsch/sowjetische Kooperation verstanden. Der Begriff „Umsiedlung“ wurde in der DDR gebraucht, „Flucht und Vertreibung“ in der Bundesrepublik. Vertreibung sollte emotional das vermeintliche Unrecht zum Ausdruck bringen, Umsiedlung hingegen den Vorgang relativ nüchtern ohne emotionale Komponente beschreiben.

„taz“, 21.06.2015

### ► **Die tief zerklüftete Republik**

„Noch nie war die Armut in Deutschland so hoch und noch nie war die regionale Zerrissenheit so tief wie heute. Deutschland ist armutspolitisch eine tief zerklüftete Republik“, hieß es jüngst in der Alarmmeldung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Dessen Anliegen ist gut gemeint. Öffentlichkeit und Politik sollen für Armutsrisiken und Armutslage sensibilisiert werden. Die Daten des Mikrozensus und auch andere Zeitreihen belegen, dass das an der 60-Prozentschwelle gemessene Armutsrisiko ebenso zugenommen hat wie die Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen.

„FAZ“, 27.04.2015

## Kurznachrichten

### ► 2015 schon jetzt Streik-Rekordjahr

Mit mehr als 500.000 Streiktagen in den ersten sechs Monaten wurde die Zahl der Streiktage für das ganze Jahr 1993 bereits übertroffen. Das ergibt sich aus einer Statistik des Instituts der Deutschen Wirtschaft (DIW), einer unternehmernahen Einrichtung. Aus Sicht der Gewerkschaften manifestiert die hohe Streikbereitschaft die wachsende Kluft zwischen Lebenshaltungskosten und Einkünften von Millionen Arbeitenden.

### ► US-Repräsentantenhaus blockiert Freihandelsabkommen

Ein Gesetz, das Präsident Obama das Recht gegeben hätte, allein über das Freihandelsabkommen EU-USA zu verhandeln, ist von den Republikanern abgelehnt worden. Auch viele Abgeordnete von Obamas Demokraten blockierten des Gesetz. Sie befürchten eine Aushöhlung der US-Arbeitnehmerrechte.

### ► Afghanistan ist der größte Opiumproduzent der Welt

2014 wurde weltweit auf 310.000 Hektar Schlafmohn angebaut, Rohstoff für 7.500 Tonnen Heroin. Laut UN-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung ist das die höchste Menge seit 1930. Hauptursache sei vor allem die gewachsene Anbaufläche für Schlafmohn in Afghanistan.

### ► Russland-Sanktionen gefährden 150.000 Jobs in der BRD

Das die Folge der von der EU gegen Russland verhängten Sanktionen. Der Chef des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Eckard Cordes, sagte, dass sich die deutschen Exporte nach Russland gegenüber dem Rekordjahr 2012 auf 20 Milliarden Euro halbiert hätten.

### ► Brandenburg hat die meisten Störche

An Elbe, Havel, Spree und Oder finden sich alljährlich zur Brutzeit etwa 1.500 Storchpaare ein. Das ist die höchste Zahl aller Bundesländer. Die Vögel legen dabei tausende Kilometer zwischen ihren Winter- und Sommerquartieren zurück. Störche gelten Wissenschaftlern als Signal für gesunde Natur. Die Vögel nisten fast immer dicht bei den Menschen. Dabei bevorzugen sie Masten, Dächer und stillgelegte Schornsteine.

## Menschen in Mitte

# Thomas Mierau schuf in der Brunnenstraße „etwas Wunderbares“: das MIRAKULUM

**V**or nunmehr 29 Jahren wurde in der Brunnenstraße 35 der Grundstein für „etwas Wunderbares“ – wie *Miraculum* aus dem Lateinischen übersetzt heißt – gelegt: Thomas Mierau mietete dort Räume im Erdgeschoss für das heutige Puppentheater MIRAKULUM. „Das war eine spannende Reise“, so nennt es der 64-jährige Diplom-Puppenspieler. „Heute kann ich sagen, mir ist es in meinem bisherigen Leben sehr gut ergangen.“

Wenn man die Fotos von 1986 von dem ehemaligen renovierungsbedürftigen Laden in der Nähe des Grenzstreifens Bernauer Straße sieht und Thomas Mierau stolz 18 Inszenierungen seines Theaters bilanziert, kann man sich nur in etwa vorstellen, wie viel Arbeit, Stress, Sorgen, Freuden aber vor allem Erfolge dahinter stehen. Mit der Premiere für das Familienpuppenspiel „Abenteuer im Schnapfeland“ wurde am 2. Juni 1991 die Spielstätte THEATER MIRAKULUM für Kinder und Erwachsene eröffnet. Der sprunghaft steigende Mietpreis nach 1990 nach mehreren Eigentümerwechseln machte dem mutigen Künstler die größten Kopfzerbrechen. „Glücklicherweise wurde mir über zehn Jahre ein Förderkredit bewilligt, so dass ich die Räume kaufen und mich seitdem auf meine Arbeit konzentrieren konnte.“ Das hat der Allround-Theatermann auch gebraucht, ist er doch Dramaturg, Regisseur, Gestalter, der Solopuppenspieler, aber auch der Puppenbauer in einer Person.

Am 28. Juni war die jüngste Premiere für das Puppenmusical „Die kleine dicke Raupe Nimmersatt“, das den Kindern wie deren Eltern auch das Thema gesunde Ernährung nahebringt.

### Mit Trabi und Anhänger durch Berlin und Umgebung

Der im Harzer Degnershausen geborene Thomas Mierau verbrachte seine Kindheit in Bernburg beim Klavier- und Theaterspielen, sang in einem Chor und verfasste erste Gedichte. Mit 16 zeigte er seine Malereien in ersten Ausstellungen. Seine Liebe zur Kunst ließ ihn ein Bauingenieur-Studium abbrechen und zu einem externen Studium als „Puppenspieler mit Praxis“ am Theater Wittenberg wechseln. „Das war eine fantastische Zeit für mich“, erinnert er sich gern. „Ich lernte von hervorragenden Regisseuren und Ausstattern aus Dresden und der CSSR und arbeitete mit

prädestinierten Puppenspielern in Thüringen und im Erzgebirge zusammen. Auf internationalen Festivals hatte ich Berührung mit avantgardistischen Puppenbühnen der USA, der Schweiz und Frankreichs.“ 1976 beendete er das Studium erfolgreich mit der staatli-



Seit 24 Jahren Puppenbühnenchef Foto: M. Herold

chen Bühnenreifeprüfung als Puppenspieler. Nach seinem Umzug nach Berlin unterrichtete er zuerst als Dozent an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ im Bereich Puppenspiel.

Ab Mitte der 80-er Jahre entwickelte der dreifache Vater sein erstes Puppenspiel-Solostück „Die Strubbelköpfe“, das noch heute im Repertoire des Hauses ist. Mit seinem Trabi fuhr er mit Puppen und Bühne kreuz und quer durch Berlin und Umgebung. „In dieser Zeit baute ich auch die ersten Marionetten, Hand- und Stabpuppen.“ Von „Pinocchio“ über „Rumpelstilzchen“, „Schneewittchen“ bis zu „Ritter Blaubart“ gehörten wohl alle bekannten Märchen zu seinem Spielplan, viele davon bis zu 500 Mal begeisterten kleinen und großen Zuschauern vorgetragen. Zunehmend stehen aber auch Stücke für Jugendliche und Erwachsene auf dem Programm, so ab November wieder „Goethes Faust – ein Höllenspektakel“. Karten können per Telefon unter 449 08 20 oder im Internet auf [www.mirakulum.de](http://www.mirakulum.de) bestellt werden.

Matthias Herold

# Alte Mitte – verbohrt Menschen

**A**m 15. und 22. Juni fanden die ersten Fachkolloquien zur Stadtdebatte „Alte Mitte – Neue Liebe?“ statt, bei der es um die zukünftige Gestaltung des Gebietes zwischen Fernsehturm und Spree hinter dem Alexanderplatz geht.

Man kann sagen, es waren keine fruchtbaren Diskussionen. Eine kleine Minderheit alter Männer versuchte beständig, ohne Bereitschaft zu Kompromissen oder andere Ideen überhaupt anzuhören, ihre Vorstellung von einer historischen Mitte durchzusetzen: Die kostbare freie Fläche mit einem historischen Grundriss zu verschandeln und hochpreisige Wohnhäuser dorthin zu setzen, um die „schändliche DDR-Bebauung“ zu verstecken, am liebsten direkt abzureißen.

Auf diese Art und Weise war es nicht möglich, wirklich vernünftige Diskussionen zu führen. ZebraLog, die verantwortliche Firma für die Durchführung dieser Art von Bürgerbeteiligung, brachte es auch nicht fertig,



dass vernünftige Ergebnisse hervorgebracht werden konnten.

Das gewählte Format, eine Mischung aus moderierten Podiums- und Kleingruppendiskussionen (an Tischen mit bis zu sechs Leuten), machte es auch leicht, die Veranstaltung zu sabotieren, so dass keine vernünftigen Rahmenbedingungen, die z.B. eine Bebau-

ung ausschließen, entstehen konnten. Leider waren auch zu wenige Leute da, die genug dagegen gehalten haben. Sie sind tatsächlich mit Ideen und Vorstellungen gekommen und wollten sie diskutieren. Doch mit den Vertretern einer „historischen Bebauung“ ist keine Diskussion möglich.

An einem Tisch saß ein älterer Herr, der bockig nur wiederholte, er wolle seine historische Mitte wieder haben, ohne auf Nachfragen zu reagieren.

Damit eine Bebauung dieser kostbaren Freifläche verhindert wird, wäre es gut, wenn sich bei der Bürgerwerkstatt am 4. Juli ganz viele Menschen beteiligen, die eine vernünftige Meinung haben und so eine große Mehrheit sich dieser radikalen, Ost-Moderne hassenden Minderheit widersetzen kann.

**Termin:** 4. Juli 2015, 10 – 17.30 Uhr

**Ort:** Berliner Verlag, Karl-Liebknecht-Straße 29, 10178 Berlin

A. B.

## Das Volkshaus hinter barocker Fassade

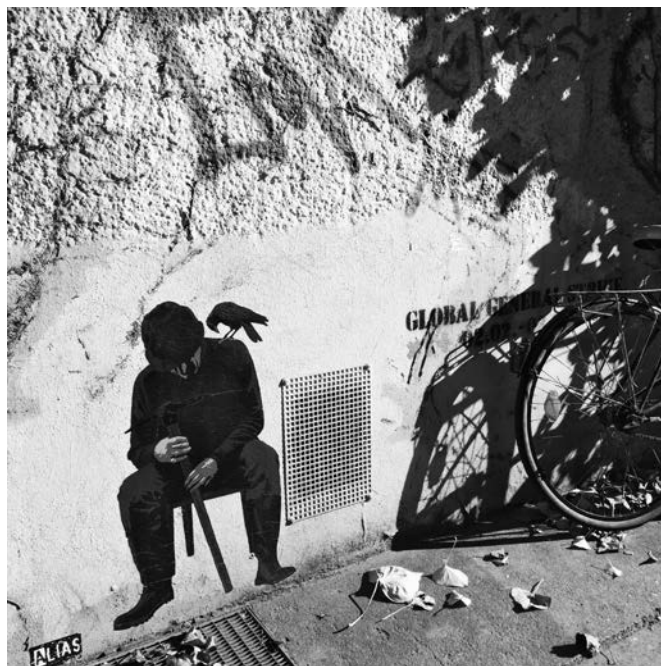
**K**ein Hohenzollernschloss, kein Republikpalast. Ein Humboldt-Forum. Ein Rohbau, der das Kulturhaus ahnen lässt. Von der U-Bahn unterfahren, fehlt oben bewohnte Straßenlandschaft.

Eigen- und Besonderheiten des mit Stoßkraft vorangetriebenen gigantischen Bauvorhabens müssen sich dem Querschnitt aus globaler Kunst, Kultur, Kolonial-, Welt-, deutscher und Berlingeschichte, Wissens- und Universitätshistorie, Filmen, Debatten, Musik, Theater und kulinarischen Streifzügen unterordnen. Kritischer ist der Blick auf die Öde um Rathaus, Marienkirche, Fernsehturm, Dom, leere Breite Straße und Attraction der Bauakademie. Noch unvollendet, heißt es beschwichtigend, die Koexistenz der Kulturen braucht Zeit. Berlins Mitte erweitert sein historisch anmutendes Zentrum.

Neben der Schinkel-Kirche entstehen Häuser ohne Schrägdächer, historische Straßenstrukturen brauchen diese Kronen. Das zeigt der Blick aus den Schlossfenstern. Beim Richtfest der Barenboim-Akademie spielte der Maestro im noch rohen Konzert-Oval. Dessen Entwurf schenkte der großartige Architekt Frank Gehry der Stadt. Was wird aus seinem Hochhausplan Alexanderplatz? Noch mindestens vier sommerliche

Wechselwetter braucht es, bevor das Schloss öffnet. In Mitte verführt auch weiterhin wonnige Lebenslust dazu, eng, hell und bunt im Gras und auf Bürgersteigen zu aalen, auch nachts, auch ohne Stühle und Bänke. Irgendwann wird auch der Bauboom Heidestraße zu sehen sein. Auf der anderen Kanal-Seite ist die Scharnhorststraße aufgeblüht, wurde der Invalidenfriedhof dank weniger Grabstätten zur grün verschatteten Oase am Wasser.

Tafeln erinnern an Entstehungs- und Zerstörungsgeschichte, zwei Mauerstücke an die Grenze. Die Radfahrer lieben den Uferweg, Fußgänger weichen aus. Unsichtbar sind hier der BND- Riesenbau aus Kästen mit Schießchartenfenstern, die Metallsulptur und der winzige Kiefernwald. Ein Radfahrer zum anderen: „Bei die ihre neue Stasi sieht man det Jeheime viel bessas als



Straßenkunst in Mitte

früher.“ Auch vis-a-vis vom BND wird emsig gebaut. Das Liebeskind-Wohnhaus präsentiert eine eidechsenhafte Musterwand. Ironischer Gegenentwurf zum versteinerten Gegenüber? Wer weiß. Und vielleicht halten nächste Generationen die heutige Kasten-Monotonie für die schätzenswerte Moderne des aufbrechenden 21. Jahrhunderts.

Irene Runge

# Angst vor Volk(sentscheiden)?

**Der Plan der Initiative Mietenvolksentscheid Berlin hat einen eindeutigen Fahrplan: Das Abgeordnetenhaus hat bis Dezember Zeit, den Volksentscheid zu prüfen.**

Von Januar bis April werden die notwendigen 175 000 Unterschriften der zweiten Phase gesammelt und im September 2016 soll er dann gemeinsam mit der Abgeordnetenhauswahl abgestimmt werden.

Das geplante Gesetz will preiswerten Wohnraum erhalten und erschaffen durch die Einrichtung eines Wohnraumförderfonds und die Neuausrichtung der städtischen Wohnungsunternehmen als Anstalten öffentlichen Rechts, die nicht mehr gewinnorientiert sondern gemeinwohlorientiert arbeiten.

Die Initiative ist auch offen für Nachbesserungen. So hat sie bereits auf Kritik reagiert und Veränderungen des Gesetzesentwurfes vorgenommen, z.B. dass Sozialwohnungen in privater Hand nur noch höchstens zum Verkehrswert verkauft werden dürfen, um

überhöhte Preise zu vermeiden, anstatt dass Sozialwohnungen zum Kostenpreis verkauft werden dürfen.

Bausenator Geisel will jetzt jedoch den Entscheid juristisch prüfen lassen, da er seiner Meinung nach zu sehr ins Budgetrecht eingreift. Der Senat rechnet mit Gesamtkosten von 3,3 Milliarden Euro, die Initiative rechnet mit 1,1 Milliarden, die von 2017 bis 2021 anfallen würden.

Die Initiative sieht viele Fehler in den Berechnungen des Senates, und auch wenn der Senat mit seinen Berechnungen recht hätte: Das Berliner Verfassungsgericht hatte aber schon 2009 beim Kita-Volksbegehren festgestellt, dass finanzwirksame Volksbegehren zulässig sind. Es ist wahrscheinlich, dass auch in diesem Fall das Gericht für die Initiative und gegen den Senat entscheiden wird.

Doch die Wirkung der gerichtlichen Prüfung ist simpel: Es verzögert den ganzen Volksentscheid. Wenn er nicht zusammen



mit der Abgeordnetenhauswahl stattfindet, kann es passieren, dass das notwendige Quorum nicht erreicht wird. Schon beim Energievolksbegehren, das zwei Monate hinter die Bundestagswahl gelegt wurde, konnte so ein Erfolg des Volksbegehrens verhindert werden.

Haben wir es hier mit berechtigten Sorgen zu tun oder hat der Senat einfach Angst vor Volksbegehren?  
**Carola Bluhm**

# Soziales und konkretes politisches Angebot im Wedding bedroht

**Angesichts sinkender Mitgliedsbeiträge wurde der Linkstreff im Wedding vom Berliner Landesvorstand Anfang 2008 geschlossen.**

Die Mitglieder der LINKEN im Wedding haben daraufhin einen Trägerverein – Linkstreff Wedding e.V. – gegründet und haben unmittelbar nach der Schließung des alten Linkstreffs neue Räume angemietet, um weiterhin als Partei im sozial benachteiligten Stadtteil präsent und für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Im Linkstreff bieten mehrere Rechtsanwälte ehrenamtlich Beratungen für Erwerbslose und andere Benachteiligte an. Weitere Angebote sind: kostenlose Computerhilfe, allgemeine Alltagshilfe, Jobcenterbeistand, Kiezfrühstück, zeitweise Schülerhilfe usw.

Selbstverständlich finden dort auch alle Versammlungen und die meisten Veranstaltungen der Basisorganisation Wedding statt. Auch andere Gruppen der LINKEN nutzen diese Räumlichkeiten, von Jugendgruppen über andere Basisorga-

nisationen und Landesarbeitsgemeinschaften bis zu Treffen der Vereinigten Linken Spaniens. Der Linkstreff ist jeden Werktag als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger von 16 bis 19 Uhr geöffnet.

Die einzigen Kosten des Vereins resultieren aus Miete, Mietnebenkosten, Strom und Kommunikationskosten. Alle notwendigen Arbeiten werden ehrenamtlich geleistet. Trotzdem sind diese Kosten inzwischen nicht mehr gedeckt, da in den sieben Jahren einige Fördermitglieder die Partei und auch den Verein verlassen haben, andere inzwischen verstorben sind.

Wie wichtig der Linkstreff nicht nur für die Bewohner des Kiezes, sondern auch für die Partei ist, zeigen die letzten Wahlergebnisse. So erzielte DIE LINKE 2013 in den neun Wahllokalen um den Linkstreff 21,6 %, und bei den Europawahlen wurden dort die Stimmen für DIE LINKE im Vergleich



Eine gute Adresse im Wedding

zur vorherigen Europawahl weit mehr als verdoppelt.

Um auch weiter in diesem sozialen Brennpunkt präsent sein zu können, braucht der Verein dringend neue Fördermitglieder.

Den Mitgliedsantrag gibt's auch Online: <http://www.linkstreff.de/>

Eine Fördermitgliedschaft ist ab 5 €/Monat möglich. Selbstverständlich sind auch höhere Beiträge möglich.

**Linkstreff Wedding e.V.**  
Malplaquetstr. 12  
13347 Berlin  
Mail: [linkstreff@die-linke-wedding.de](mailto:linkstreff@die-linke-wedding.de)

**Werner Schulten**

## Das ist das Letzte

Berlin nennt sich gerne „Spree-Athen“. Etliche der ansehnlichsten Bauten hier haben Schinkel & Co in Form und Funktion dem Klassizismus der Griechen entlehnt. Das aufstrebende Bürgertum wollte der verträumten Romantik und dem Schwulst des feudalen Barock entkommen. Klarheit statt Schnörkel mit Steinsäulen in mathematischer Harmonie. Die Kultur und Bildung der griechischen Antike wurden anregende Leitbilder. Umso erschreckender, wie die Medien und Minister im heutigen Berlin den Bündnispartner Griechenland „zur Sau machen“. Am „Tag der Entscheidung“ meldete ntv: 92 % der Zuschauer wollen Griechenland aus dem Euroreich rauschmeißen. „Selber essen macht fett!“ Da konnten die Wortführer der Medien sich freuen über ihren Sieg bei der Verblödung! Da kommt zur frei gewählten Regierung in Athen eine Troika von Bankiers aus Brüssel und verlangt - nach dem Konzept deutscher Zuchtmeister - die Regierung Syriza solle umgehend mit hartem Sparzwang ausbügeln, was ihre korrupten Vorgänger unter Aufsicht der EU seit Jahren vergeigt haben. Folge: Die Löhne sanken um 37%, die Renten bis 48%. Jeder Vierte Bürger ist arbeitslos, bei der Jugend jeder Zweite. Die Lebensmittel wurden ein Drittel teurer, die Krankenkasse unbezahlbar. Und alle Kredite der EU zum Umbau des Staates gingen zu 90% in die Tresore der Banken! „Verkauft doch die Akropolis oder eure Inseln!“, hieß es aus Deutschland, wo man die Kriegsschulden an die Griechen nicht rausrückt. Warum diese Härte? Weil da Linke an die Regierung kamen, die ohne Krawatte den Bankiers die Stirn bieten? Weil Syriza sein Wahlprogramm mit einem sozialverträglichen Sparplan besser einhalten könnte als unter der Peitsche der Troika? Na klar! Das könnte doch fünf-sechs andere EU-Länder rebellisch machen. Es geht nicht ums Geld, sondern um ein anderes Europa, wo nicht die Millionäre diktieren, was die Millionen erleiden müssen. Aber der Wind dreht sich in Europa! Auch in Spree-Athen. **Arthur Paul**

## Kein Abschied – nirgends

**D**er Parteitag der LINKEN in Bielefeld sah nicht nur die mit großer Spannung erwartete Rede von Gregor Gysi über seine Zukunft. Zugleich wurde intensiv und konstruktiv über Politik diskutiert.

Hunderte von Mitgliedern der LINKEN machten sich am ersten Juniwochenende auf in die „Stadt, die es nicht gibt“ – wie sie Hildegard Knef einmal besang. Und nach dem Aussteigen am Bahnhof wurde der alte Internetwitz von Bielefeld sofort widerlegt – es erwartete uns eine quirlige ostwestfälische Stadt, in deren Zentrum durchaus das Leben tobt.

Das Parteitagsprogramm, dicht gedrängt, enthielt lange fällige und gut vorbereitete Debatten, etwa zu Leitlinien der Kommunalpolitik. Dazu stand neben dem Resolutionsentwurf der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kommunalpolitik auch ein Ersetzungsantrag der Strömung Antikapitalistische Linke zur Abstimmung. Im Kern ging es bei dieser Debatte um die Frage, ob die LINKE in der Kommunalpolitik eine gestaltende Rolle einnimmt oder ob angesichts stark eingeschränkter Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene vor allem der Protest gegen die Finanznot organisiert werden sollte. Die Debatte wurde sehr sachlich geführt, viele Rednerinnen und Redner kamen zu dem Schluss, dass beides notwendig und auch miteinander vereinbar sei. Und trotzdem wurde der politisch-pragmatisch angelegte Resolutionsentwurf der BAG am Ende mit einigen Änderungen, aber von einer großen Mehrheit beschlossen.

Die zweite Debatte zum Bedingungslosen Grundeinkommen wurde ebenfalls in großer Sachlichkeit geführt. Jeweils zwei GegnerInnen und zwei BefürworterInnen, darunter Ralf Krämer für die erste und Petra Pau für die zweite Seite, fochten mit dem rhetorischen Florett um die Meinungshoheit. Dass es zu keiner endgültigen Entscheidung kommen würde, war angesichts eines gemeinsamen offen formulierten Antragsentwurfs beider Gruppen bereits klar.

Unumstrittener Höhepunkt des Parteitags war jedoch die zumindest als politisches Vermächtnis angelegte Rede des Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi. Er schrieb seiner Partei ins Stammbuch, den Willen zur Veränderung nicht nur zu proklamieren, sondern ihn auch in die Tat umzusetzen. Dazu gehört, den Anspruch auf die Ablösung der Regierung Merkel anzu-



melden und DIE LINKE breit gesellschaftlich zu verankern und zu vernetzen. Insofern war diese Rede kein Abschied, sondern auch der Aufruf zu einem Aufbruch. **Tobias Schulze**

### Wir gratulieren im Juli zum Geburtstag!

- Zum 94. Karl-Heinz Schleinitz
- zum 92. Annelies Herzberg,  
Leonhard Kossuth
- zum 90. Elli Glöckner, Adelheid Telle,  
Karlheinz Tomaschewsky,  
Ruth Unger
- zum 89. Dora Schmidt, Erika Teltow
- zum 88. Jannek Streber, Ingeborg Weber
- zum 87. Fritz Hammerschmidt, Erika Wolf,  
Hiesel Markowski, Eberhard Thiele,  
Heinrich Swoboda
- zum 85. Edeltraud Naumann,  
Käthe Streber, Gertraud Theuring,  
Gisela Zachmann
- zum 84. Werner Klage
- zum 83. Ruth Breden, Horst Fiedler
- zum 82. Brigitte Eigendorf, Ruth Rümmler,  
Nina Freudenberg
- zum 80. Robert Michel, Rudolf Schmidt,  
Marianne Wegricht
- zum 75. Annemarie Hartmann,  
Peter Kühna

### Wir gratulieren im August zum Geburtstag!

- Zum 95. Gerhard Schweitzer
- zum 90. Philipp Busch
- zum 88. Günter Paulus, Sonja Schröter
- zum 87. Ruth Schirm
- zum 86. Gisela Bernitt, Hans Hartzitz,  
Isolde Schindler
- zum 85. Ilse Hauke
- zum 83. Eberhard Hiemke
- zum 82. Hannelore Laube, Klaus Schade,  
Resel Wolfrum
- zum 81. Helga Griesche, Max Lamprecht,  
Wolfgang Renner
- zum 80. Gisela Jungklaß
- zum 70. Ulrich Rößler

#### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte**  
der Partei DIE LINKE

**Geschäftsstelle:**  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

**E-Mail-Adresse:**  
info@die-linke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

**Satz + Druck:**  
R. Serinek/Druckerei Bunter Hund, Berlin

**Redaktionsschluss:** 23.06.2015

**Ausgabetag für Nr. 09/2015 – 03.09.2015**